



EILIG | Entführungsfall Emil Jung: HKÜ- und Sorgerechts- Boykott der Ukraine - Hilfsgesuch an Bundestags- Justizausschuß und SPD-Linienorganisation

Von: "Anatol Jung" <kitakami@gmx.net>

An: Johannes.Fechner@bundestag.de, Johannes.Fechner@wk.bundestag.de

CC: Rathaus <buero.ob@muenchen.de>, "Gabriele MÜLLER" <mueller@gemeinde-haar.de>, prof.gantzer@bayern.landtag.de, peter.koenig@spd-haar.de, "Claudia TAUSEND MdB" <claudia.tausend@spdmuenchen.de>, martin.burkert@wk.bundestag, sigmar.gabriel@bundestag.de, thomas.oppermann@bundestag.de, sigmar.gabriel@wk.bundestag.de, thomas.oppermann@wk.bundestag.de, florian.post@bundestag.de, natascha.kohnen@bayernspd-landtag.de, "Martin SCHULZ" <partevorstand@spd.de>, "Hans-Jochen SCHIEWER" <rektor@uni-freiburg.de>, rechtsausschuss@bundestag.de, renae.kuenast@bundestag.de, Hendrik.Hoppenstedt@bundestag.de, Johannes.Fechner@bundestag.de, Jan-Marco.Luczak@bundestag.de, Elisabeth.Winkelmeier-Becker@bundestag.de, Harald.Petzold@bundestag.de, Katja.Keul@bundestag.de, Halina.Wawzyniak@bundestag.de, Heiko.Maas@bundestag.de, "Heiko Maas" <mail@heiko-maas.de>, silke.launert@bundestag.de, wolfgang.bosbach@bundestag.de, Matthias.Bartke@bundestag.de, Karl-Heinz.Brunner@bundestag.de, Elvira.Drobinski-Weiss@bundestag.de, Iris.Ripsam@bundestag.de, Christian.Flisek@bundestag.de, Metin.Hakverdi@bundestag.de, Michael.Gross@bundestag.de, Stefan.Heck@bundestag.de, Mechthild.Heil@bundestag.de, Heribert.Hirte@bundestag.de, Petra.Rode-Bosse@bundestag.de, Alexander.Hoffmann@bundestag.de, Christina.Jantz-Herrmann@bundestag.de, Renate.Kuenast@bundestag.de, Silke.Launert@bundestag.de, Nicole.Maisch@bundestag.de, Dietrich.Monstadt@bundestag.de, Harald.Petzold@bundestag.de, Dennis.Rohde@bundestag.de, Detlef.Seif@bundestag.de, Patrick.Sensburg@bundestag.de, Sonja.Steffen@bundestag.de, Sebastian.Steineke@bundestag.de, Hans-Christian.Stroebele@bundestag.de, Sabine.Suetterlin-Waack@bundestag.de, Volker.Ullrich@bundestag.de, Marco.Wanderwitz@bundestag.de, Halina.Wawzyniak@bundestag.de, Ingo.Wellenreuther@bundestag.de, Dirk.Wiese@bundestag.de, Elisabeth.Winkelmeier-Becker@bundestag.de, Joern.Wunderlich@bundestag.de, Helmut.Brandt@bundestag.de, Karin.Binder@bundestag.de, klaus-peter.willsch@bundestag.de, peter.koenig@spd-haar.de, "Uwe MERTENS" <umertens1@googlemail.com>, "RA Georg Kleine" <kleine@kanzlei-endingen.de>, "Sekretariat RAe Kleine" <sekretariat@kanzlei-endingen.de>, "RA Harald WEISKER" <ra.weisker@t-online.de>, martin.gerster@bundestag.de, "Franziska BACH" <franziska.bach@hotmail.com>, info@sos-childabduction.eu

Datum: 26.08.2017 21:37:31

Herrn Dr. Johannes Fechner MdB
Landvogtei 5
79312 Emmendingen

Berliner Büro:
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 - 227 75229
Johannes.Fechner@bundestag.de / Johannes.Fechner@wk.bundestag.de

Entführungsfall Emil Jung: Totaler HKÜ- und Sorgerechts-Boykott der Ukraine - Hilfsgesuch

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Dr. Fechner,

ich danke Ihnen ausdrücklich für Ihr offenes Schreiben an Herrn Rechtsanwalt Kleine in Endingen (s. Anhang), der meine Interessen als HKÜ-Vater und -Antragsteller vertritt. (Im übrigen bin ich Ihrer Regio auch verbunden als Physik-Absolvent der Universität Freiburg und als Münchener Ortsvorstand von deren Alumni-Organisation unter Leitung von Rektor Schiewer.)

Ihr Schreiben nennt die **Verletzung familiärer Grundrechte** beim Namen und enthält, ohne die üblichen Floskeln und Weichzeichner, selten ehrliche Hinweise auf die **katastrophalen Rechtsverhältnisse in der Ukraine. Die Ukraine ist ein praktisch rechtsfreier Raum von unsäglichlicher Korruption, Willkür und Gesetzlosigkeit.** Deutschland gibt viel dorthin, verlangt wenig und wird deshalb selbst von diesem nahezu bankrotten Oligarchen- und Mafiastaat am Nasenring durch die Arena geführt. Das wird auch von pro-westlichen Bürgerrechtlern in Kiew bedauert, die das zählebige Sowjetsystem endgültig überwinden wollen und mich und den anderen betroffenen Münchener Vater, Herrn Uwe Mertens, (bisher vergeblich) unterstützen.

Die Ukraine führt überhaupt keine Kinder zurück und mißachtet selbst die letzten Reste des zerstörten Sorgerechts der zurückgebliebenen ausländischen Elternteile. Dort werden fast 500 Kinder aus aller Welt illegal zurückgehalten - meistens in ärmlichsten Verhältnissen und ohne Zukunftsperspektive. Die besagten Bürgerrechtler sehen sie zurecht als Spätopfer der Sowjetunion an. Die Ukraine gehört mit ihren fortdauernden Sowjetstrukturen in Verwaltung und Justiz zu den schlimmsten Kindesentführer- und Kindesentzieher-Staaten der Welt.

Es braucht hier zunächst eine **ehrlche Berichterstattung** und dann **massiven diplomatischen Druck der Bundesregierung**. Zu beidem besteht derzeit nicht die geringste Bereitschaft. Stattdessen werden wir HKÜ-Antragsteller von zynischen, inkompetenten und menschenverachtenden Funktionären in Auswärtigem Amt, Bundesjustizministerium und Justiz-Bundesamt systematisch belogen, irregeführt und hingehalten. Sie gaukeln uns ordentliche Gerichtsbarkeit und HKÜ-Konformität in der Ukraine vor, die es schlicht nicht gibt. Mit größtem Hohn heißt es immer wieder: 'Wenden Sie sich an die ukrainischen Behörden !'
Eine Stellungnahme zu den **vielfach angezeigten und nachgewiesenen HKÜ-Verstößen der Ukraine** (s. Anhang) wird bis heute verweigert.

Deutsche Regierungsaktivität entsteht nur dort, wo es darum geht, die Ukraine (und andere Kindesentführerstaaten) politisch zu decken und deren Rechtsbrüche - sprich: nachhaltige Verbrechen an den entführten Kindern - zu vertuschen. So wurde Emils HKÜ-Akte "in Rücksichtnahme auf internationale Beziehungen" scharf zensiert.

Ich kenne mittlerweile **viele erschütternde Schicksale von HKÜ-Kindern und -Eltern**. Und es ist **immer das gleiche passiv-aggressive Verhaltensmuster der deutschen Behörden**, das alles noch verschlimmert. Wären unsere Kinder türkische Journalisten auf Erdogans Schwarzer Liste oder auch Wahlkampfgegner von Trump, LePen und Wilders, wären Aufmerksamkeit, Fürsorge und Interventionsbereitschaft der Bundesregierung grenzenlos. **Tatsächlich geht es "nur" um kleine deutsche Kinder ohne eigene Stimme - und für sie interessiert sich in der deutschen Politik fast niemand.**

Bitte thematisieren Sie dies beharrlich und energisch in Ihrer Parteilinie und in den von Ihren Parteifreunden geführten Problemministerien für Auswärtiges und Justiz. Wirken Sie bitte auch auf die vollständige Öffnung von Emils HKÜ-Akte hin, die von ungewöhnlich hoher Beweiskraft ist.

Die ernste, klare Botschaft an die Ukraine muß sein: Keine EU-Annäherung und -Förderung ohne volle HKÜ-Konformität und Wahrung vor Menschen- und Völkerrecht !

Eine schnelle rechtskonforme Lösung für Emil und seine Schicksalgenossin Sabina Mertens bietet HKÜ-Artikel 18: Rückführung nach Deutschland per reiner Verwaltungsanordnung aus Kiew.
Dieser Artikel wurde geschaffen u.a. für Länder mit dysfunktionaler Justiz - wozu die Ukraine eindeutig gehört !

Zur aktuellen Lage: s. Einträge aus Emils Netzauftritt www.nicht-ohne-meinen-sohn.de :

10.07.2017

Vierter Jahrestag der Entführung

Emils Entführung jährt sich zum vierten Mal. Das Kind wächst in ärmlichen Verhältnissen praktisch als **Halbwaise** auf und bleibt **isoliert und eingesperrt, unterentwickelt und unterversorgt, ohne Förderung und Lebensperspektive**. Nicht einmal seine Monatsalimente werden von der Entführerfamilie abgerufen. Auch bleibt seine hochwertige deutsche **Privat-Krankenversicherung mit Auslandsschutz ungenutzt**.

Noch immer **setzt das Geberland Deutschland keinen Anreiz zur Änderung der ukrainischen Kindesentführungs- und Kindesentzugs-Politik**. Folgerichtig behindern Sowjetjustiz und -verwaltung in Kiew jeden von Anatols Versuchen, die Mauer um seinen geliebten Sohn durchlässig zu machen. Auf seiner mittlerweile **42. entführungsbedingten Ukraine-Reise** ist selbst die **Übergabe von Emils Geburtstagsgeschenken nicht möglich**.

Wohlmeinende Polizeibeamte haben Anatol unverblümt über die ukrainische Behördenpraxis aufgeklärt:

- Als Ausländer steht er in familiären Konflikten **auf derselben Stufe wie ein illegaler Einwanderer aus Schwarzafrika**.
- Es zählen nur die (selbstsüchtigen) Mutter-Interessen, während **Kindeswohl und Vaterrechte konsequent ausgeblendet** werden. Das bedeutet: **Ausländische Väter werden nach Herkunft und Geschlecht massiv diskriminiert !**

Emils trauriges Schicksal - verschärft durch solche gesellschaftliche Voreingenommenheit - ist stellvertretend für das vieler ins Ausland entführter Kinder. Ihre Zahl wächst rasant, und die deutsche Politik schließt davor die Augen. Diese Ignoranz steht für die **Kinderfeindlichkeit** in der deutschen Gesellschaft - mit ihrem immer öfter kinderlosen Führungspersonal.

09.05.2017

"REPORT Mainz" - Brisante politische Enthüllungen

Im **Politmagazin "Report Mainz"** des **Ersten Deutschen Fernsehens (ARD)** beleuchtet die bekannte Enthüllungsjournalistin Anthes erstmals die markanten **politischen Aspekte** von Emils und Sabinas Entführungstragödien. Höchstamtlich und vor laufender Kamera räumt der **stellvertretende ukrainische Justizminister Petukhow** ein: Aus Deutschland sind bisher **33 Rückführungsanträge** eingegangen, und trotzdem ist kein einziges entführtes deutsches Kind zurückgegeben worden. Also: **Rückführungsquote null !**

Außerdem:

- Beide Kindesväter erhalten praktisch keinerlei behördliche Hilfe und bleiben **wie Staatenlose sich selbst überlassen**. Die deutsche Botschaft in Kiew weist Sabinas Vater ebenfalls vor laufender Kamera ab und ist zu keiner Stellungnahme bereit.
- Der ukrainische Bürgerrechtler und Anwalt Pronin charakterisiert den vorliegenden **Völkerrechtsbruch als "absolute Standardsituation"**.
- Der deutsche Fachanwalt Weisker erinnert an HKÜ-Aktenzensur und beschränkten Informationszugang "in Rücksichtnahme auf internationale Beziehungen". Beides steht für **Pflichtverletzung und politischen Opportunismus im BfJ**, das den Betroffenen in keiner Weise zur Seite steht.

"REPORT Mainz" --> <https://youtu.be/24aFwvO4RUE>

Vor einem Millionen-Zuschauerpublikum ist nun unzweideutig geklärt: **Die Ukraine boykottiert das HKÜ vollständig - unterstützt durch die deutsche Duldungs- und Preisgabepolitik**. Diese entscheidende Tatsache und die zugehörigen Zahlen werden vor den Antragstellern so lange wie möglich verborgen, um sie ins Leere laufen zu lassen.

Die in der Reportage dargestellte Zusammenarbeit der beiden Väter ist aus existentieller Not und Notwendigkeit geboren. In einem (nachträglich zensierten) Memorandum hat **BfJ-Präsident Friehe** schon 2015 bedauert, daß *"die beiden Antragsteller [Jung und Mertens] ... von dem jeweils anderen Rückführungsverfahren Kenntnis erlangt haben und sich nun auch gemeinsam positionieren"*.

An höchster deutscher Stelle offenbaren sich so wieder Rechtsverachtung und **extrem mißbräuchliches Amtsverständnis** - und die Absicht, hilfeschuchende Bürger in Unwissenheit und Vereinzelung zu halten. Behördliches Gebot: Es sind **politisch mißliebige Rückführungsansprüche zu neutralisieren** und das **Staatsverbrechen des Kindesraubs zu bagatellisieren**.

13.03.2017

"Alternative Wahrheiten" der deutschen Preisgabepolitik

Eine journalistische Fallrecherche hat ans Tageslicht gebracht: **Deutsche Regierungsstellen schaffen sich bequeme "alternative Wahrheiten" und hintertreiben gezielt Emils und Sabinas völkerrechtlich gebotene Rückführung.**

In einem (nachträglich zensierten) **internen Bericht des Bundesjustizministeriums** hat **Ministerialrat Heger** 2015 zu Emils Fall vermerkt: *"Ebenfalls nachvollziehbar ist die abschließende Entscheidung der ukrainischen Gerichte, das Kind nicht nach Deutschland zurückzuführen."*

Damit stellt sich das Ministerium

- **gegen das akut bedrohte Kindeswohl,**
- gegen das Völkerrecht,
- gegen Gerichtsurteile und Haftbefehl aus Deutschland,
- **gegen das Grundgesetz-Gebot zum Schutz der Familie,**
- gegen die international abgesicherten Erkenntnisse über die totale Korruption und Willkür im ukrainischen Verwaltungs- und Justizapparat.

In Sabinas Fall verstecken Botschafter Reichel und Konsul Kraus-Massé in der **deutschen Botschaft** in Kiew ihr Desinteresse hinter neuen **nutzlosen Alibi-Gesten** gegenüber den ukrainischen Stellen und weisen Vater Uwes Gesprächswunsch ab.

Das konspirative Verhalten der deutschen Behörden veranlaßt die beiden Väter zu einer Reihe weiterer Dienst- und Fachaufsichtsbeschwerden. Gemeinsam blicken sie auf Jahre des Leids und des Verrats zurück: **Wer als deutscher HKÜ-Antragsteller die Funktionäre Schmidt-Bremme, Bachler, Friehe, Heger, Hubig und ihresgleichen im Rücken hat, braucht in der Ukraine keine Feinde mehr !**

13.01.2017

Anti-Korruptions-Expertise

Der angesehene ukrainische Rechtsexperte Evgen Pronin, Mitglied des **parlamentarischen Anti-Korruptions-Rates**, stellt in einer **Expertise** zur Kindesentführungspolitik seines Landes fest: Die Ukraine verletzt systematisch internationales und grundlegendes Menschenrecht - und macht **Kindesrückführung auf dem Rechtsweg unmöglich.**

Außerdem:

- Die sowjetisch geprägte **Justiz** ist **weder unabhängig noch gesetzestreu**. Bei der Bevölkerung ist sie **völlig diskreditiert**.
- Es gibt **keine effektive Kontrolle von Richtern**, die ihr Amt mißbrauchen und Rechtsvorschriften verletzen.
- Die zahlreichen Kindesentführungsfälle und die illegale und willkürliche Verwaltungs- und Gerichtspraxis hierzu zeigen **Rechtsnihilismus und Korruption**. Zeitgleich bestätigen polizeiliche Quellen: Die ukrainischen Behörden haben hinter dem Rücken der Väter eine **Ausreisesperre über Emil und Sabina** verhängt. Alltag im **Kinder-GULAG Ukraine**: Beide werden von den Entführerfamilien auch weiterhin **wie Strafgefangene beliebig von Ort zu Ort verlegt und isoliert** - mit amtlicher Duldung.

12.02.2016

Politik der Kindesentführung

In **Sabinas Fall** hat des Kassationsgericht in Kiew aus nichtigen Gründen Kindesvater Uwe **in die erste**

Inстанz zurückverwiesen - ein durchsichtiges **Verzögerungsmanöver**. Dort wird nach streng parteiischer Vernehmung und selektiver Beweisaufnahme die **Kindesrückführung abgelehnt**.

Immer wieder wendet der ukrainische Kindesentführerstaat seine **bewährten Waffen** an:

1. **jahrelange Verschleppung** der Rückführungsverfahren und **systematische Täuschung** der HKÜ-Antragsteller,
 2. Duldung und Förderung der erzwungenen **Vater-Kind-Trennung und -Entfremdung**,
 3. **Schutz der Entführermütter** vor Sanktionen und Strafverfolgung,
 4. faktische **Übertragung des alleinigen Sorgerechts** auf die Entführermütter,
 5. schwere **Manipulation von Gerichtsverfahren** und -urteilen,
 6. **institutionelle Gewalt und Repression** gegen die ausländischen Kindesväter.
- Die aktuellen Fälle von Emil und Sabina sowie von Erik Z. und Rodolfo P. - von ihren ukrainischen Müttern aus Deutschland bzw. Italien entführt - beleuchten gleichzeitig die **extrem mißbräuchliche, rechtsverachtende und unmoralische Praxis der Ukraine** zulasten des Wohls und der gesunden Entwicklung der Kinder. Diese sind **Spätopfer der Sowjetunion** und ihrer weiterexistierenden ideologischen Einstellungen und Machtstrukturen.

29.08.2013

Rückführungsantrag nach Haager Kindesentführungs-Übereinkommen (HKÜ)

Schweren Herzens stellt Anatol über das federführende deutsche **Bundes-Justizamt (BfJ)** einen offiziellen Rückführungsantrag ans ukrainische Justizministerium. Er beruht auf dem zivilen **Haager Kindesentführungs-Übereinkommen (HKÜ)** von 1980 - mit Völkerrechtsrang.

Das HKÜ verpflichtet das Zielland zu sofortiger Kindesrückgabe ins Ausgangsland und verweist jegliche Sorgerechtsregelung ebenfalls dorthin. Die Pflicht zur Rückführung besteht in Emils Fall eindeutig, da

- das Kind **ohne Zustimmung des Vaters** auf ukrainischem Territorium zurückgehalten wird,
 - der Kindesvater zum Zeitpunkt der Entführung im **Vollbesitz des elterlichen Sorgerechts** ist,
 - das Kind als ordentlich registrierter Einwohner und Staatsbürger Deutschlands seinen **gewöhnlichen Aufenthalt im Landkreis München** hat und
 - der Rückführungsantrag binnen Jahresfrist eingereicht ist.
- Das BfJ meldet zurück, die Ukraine kooperiere gut, prüfe gründlich und halte das HKÜ "im Prinzip" ein. Dies wird sich noch als willentliche Bürgertäuschung erweisen - und öffnet den Weg in einen tiefen **Politsumpf aus Verrat und Amtsmißbrauch, Willkür und Korruption, Konspiration und Kollaboration, Fälschung und Zensur**.

Was in der Ukraine tatsächlich bevorsteht: ein **jahrelanges Schauverfahren sowjetischen Typs** - mit vorbestimmtem Ausgang.

Mit traurigem Vater-Gruß aus München
Anatol Jung

Dr. Anatol Jung
Tassilostr. 7
85540 Haar
Tel.: 0177 - 322 33 44
kitakami@gmx.net
www.nicht-ohne-meinen-sohn.de

Gesendet: Mittwoch, 23. August 2017 um 13:24 Uhr
Von: "Sekretariat RAe Kleine" <sekretariat@kanzlei-endingen.de>
An: "Anatol Jung" <kitakami@gmx.net>
Betreff: Jung / Jung

Sehr geehrter Herr Jung,

ich habe den im Anhang beigefügten Zwischenbescheid bekommen, der relativ klar sagt, dass die ukrainische Seite vollständig mauert. Auch Druck scheint hier nichts zu bewirken. Nachgedacht werden müsste jetzt über eine Anfrage bei der Bundesregierung, wie viele Kinder denn überhaupt zurückgeführt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Georg Kleine
Rechtsanwalt

-- _____RechtsanwälteGeorg & Stella KleineMarktplatz 1779346 Endingen

Dateianhänge

- EJ_Rückführungsverfahren - Ukrainische HKÜ-Verstöße (mit Vertragstext)_V1.3_D_06-2017.pdf
- EJ_Von Bundestag (MdB Fechner) an RA Kleine_Kindschaftssachen - Schwierige Zusammenarbeit mit den ukrainischen Behörden_mHvh_08-2017.pdf